

KOLUMNE über das gesamte Spektrum von möglichen Diskriminierungen

Gleichstellung von gestern?

Sind Sie auch eine Aktivistin? Ob Sie eine Frau oder ein Mann sind, ist dabei einerlei. Denn «Mann» und «Frau» sind, so konnte ich neulich lernen, hoffnungslos veraltete Kategorien. Überhaupt musste ich mitnehmen, dass, wer feministische Positionen vertritt, «aktivistisch» unterwegs ist, in einer bestimmten «Szene» verkehrt und «intersektional» denkt. - Um all dies einzuordnen: Ich hatte eine interessante Begegnung mit einer Reihe von Expertinnen und Experten zum Thema Gleichstellung.

Bisher hielt ich mich für eine vergleichsweise konsequente Feministin. Immerhin beklage ich (auch öffentlich), dass Frauen in den Führungs etagen immer noch stark untervertreten sind und am Ende vielleicht doch nur eine Quote hilft (was einer Frau in ebendiesen Etagen nicht nur Freunde macht - Freundinnen inzwischen schon eher). Auch kann ich mich hörbar äussern, wenn ich die einzige Frau auf dem Podium sein soll, erst recht als Moderatorin. Und ich propagiere, wo immer sich mir die Gelegenheit bietet, das Buch von Iris Bohnet «What works» - ein eigentlicher Leitfaden, der hilft, verzerrte Wahrnehmungen, denen notabene Frauen wie Männer unterliegen, mit kleinen, aber einfachen Vorkehrungen zu minimieren.

Die geschilderte Begegnung aber sollte mich eines Besseren belehren. Ein Teil der Anwesenden war klar der Auffassung, dass ebendiese Form von Gleichstellungspolitik veraltet sei. Vielmehr müsse es darum gehen, das gesamte Spektrum von möglichen Diskriminierungen - also auch nach Herkunft, Rasse, Klasse, sexueller Orientierung u.s.f. - zu beachten und in entsprechende Integrationsmassnahmen mit einzubeziehen. Dieser Theorie der «Intersektionalität», wonach nicht nur Frauen benachteiligt werden, sondern Menschen sehr verschiedener gesellschaftlicher Ränder, kann ich sehr wohl folgen; ebenso der Überlegung bzw. Tatsache, dass es bei gewissen Menschen in bestimmten Kontexten zu Mehrfachdiskriminierungen kommen kann.

Ob jedoch alle Probleme - sprich: alle Formen von Diskriminierungen - mit einer einzigen, umfassenden Politik gelöst werden können, wage ich zu bezweifeln. Unter Kolleginnen haben wir



KATJA GENTINETTA
POLITIKPHILOSOPHIN UND BERATERIN

Die promovierte Philosophin berät Unternehmen in gesellschaftspolitischen Fragen. Sie ist Lehrbeauftragte an der Universität St. Gallen, Managing Partner von GENTINETTA*SCHOLTEN und moderiert zusammen mit Eric Gujer die NZZ-Standpunkte.

**DIE KOLUMNISTEN
AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT**
KATJA GENTINETTA, POLITIKPHILOSOPHIN UND -BERATERIN
MARKUS GISLER, WIRTSCHAFTSPUBLIZIST
PETER V. KUNZ, PROFESSOR FÜR WIRTSCHAFTSRECHT
ESTHER GIRSBERGER, PUBLIZISTIN UND MODERATORIN
THOMAS STRAUBHAAR, ÖKONOM UND MIGRATIONSFORSCHER
CHRISTIAN WANNER, EHEM. SOLOTHURNER FINANZDIREKTOR
HANS FAHRLÄNDER, PUBLIZIST UND EHEMALIGER CHEFREDAKTOR

uns jedenfalls immer wieder amüsiert, wenn es etwa darum ging, in eidgenössischen Gremien die «diversity» zu stärken. Die Handhabe war klar: mit einer Frau aus der «lateinischen Schweiz» waren sämtliche Minderheiten abgedeckt, den Rest der Posten konnten die Männer dann unter sich verteilen ...

Nachdenklich stimmt mich etwas anderes: Die Vermengung von Sichtweisen führt in einen Relativismus, aus dem wir kaum mehr einen Ausweg finden. So wurde - ebenfalls in dieser Runde - als gesellschaftlicher Fortschritt gewertet, dass eine Muslimin ein schweizerisches Frauenbad im Burkini besucht. Vom Gesichtspunkt einer als Muslimin und als Frau diskriminierten Person mag das so sein - immerhin sind öffentliche Bäder im politischen Islam (meine diesbezügliche Gewährsfrau bleibt Necla Kelek, «NZZ» vom 10. Juli 2018) als Aufenthaltsort für Frauen nicht unbedingt vorgesehen. Wie aber präsentiert sich diese Situation für eine gleichgestellte Schweizerin, wo doch das besagte Kleidungsstück wie wenige andere die männlich verordnete Unterstellung der Frau unter den Mann demonstriert? Am Ende stellt uns diese Situation vor die Frage, was uns in der Schweiz denn wichtiger ist: die Gleichstellung der Geschlechter oder die Gleichstellung der Kulturen mitsamt ihren ungleichen Vorschriften?

Positionen zu relativieren, indem sie auf den Standpunkt ihres Betrachters hin überprüft werden, ist ein wichtiges Moment kritischen Hinterfragens. Ein radikaler Relativismus aber, für den es keine vom Erkennenden selbst unabhängige Erkenntnis und damit auch Norm mehr gibt, führt zum Skeptizismus - und schliesslich, auch das ist in der gegenwärtigen Politik nicht unbekannt, zur Auflösung des Wahrheitsbegriffs. Am Ende ist alles möglich, weil nichts mehr gilt. In geradezu buchstäblicher Tat und Wahrheit haben wir es gegenwärtig jedoch immer noch mit vielfältigen Problemen zwischen den Geschlechtern zu tun - im Büro ebenso wie auf der Strasse. An beiden Orten sind Mann und Frau noch sehr verlässliche Kategorien, die ihre Beachtung verdienen und nach Lösungen verlangen. Sie fordern keinen Aktivismus, aber entschiedenes Handeln, von Männern wie Frauen.

KOMMENTAR

Nicht noch eine Bank

Es gilt als eines der letzten Projekte von Bundesrätin Doris Leuthard: Die Lockerung des engen regulatorischen Korsets der Postfinance. Bis heute kann der Finanzarm des gelben Riesen keine Kredite wie Hypotheken oder Fremdkapital an KMU vergeben. Das Kredit- und Hypothekarverbot soll nun abgeschafft werden. Der Bundesrat gab für dieses Projekt gestern grünes Licht.

Aus Sicht der Kreditversorgung ist dieser Schritt nicht nötig. Die Hypothekarmärkte in der Schweiz funktionieren seit Jahren



von Beat Schmid

Es sollte nicht Aufgabe der Postfinance sein, das Poststellen-Netz querzufinanzieren.

sehr effizient. Auch die Kreditversorgung von Unternehmen ist durch die bestehenden Banken gewährleistet.

Das gestern geäusserte Argument des Bundesrats, dass ein Eintritt der Postfinance zu einer Belebung des Wettbewerbs führe, ist somit mit Vorsicht zu genießen. Es sind andere Gründe, die den Bundesrat zu diesem Schritt bewegen. Das Tiefzinsumfeld reisst immer grössere Löcher in die Erfolgsrechnung der Post-Tochter. Diese verdient im klassischen Zinsdifferenzgeschäft immer weniger. Dadurch wird es zunehmend schwieriger, Gewinne zu generieren und Dividenden an den Post-Konzern auszuschütten. Der Bundesrat gibt denn auch zu, dass die Finanzierung der postalischen Grundversorgung wegen der versiegenden Geldströme erschwert ist.

Aber soll der Staat deshalb in einen funktionierenden Markt eingreifen? Die Frage ist mit Nein zu beantworten. Es sollte nicht Aufgabe der teilprivatisierten Postfinance sein, das Poststellen-Netz querzufinanzieren. Wie es auch nicht der Job des Bundes ist, eine eigene Bank zu betreiben.

@ beat.schmid@azmedien.ch

APROPOS

Der erfundene Skandal

Wer gehört werden will, macht Radau. Seien es SVP-Parlamentarier, die zum Jubiläum des EWR-Neins im Nationalratsaal verbotenerweise Plakate aufspannen, oder Umweltschützer, die auf dem Bundesplatz ohne Bewilligung gegen eine zweite Gotthardröhre demonstrieren. Resultiert eine Aktion in einer Rüge oder einer Strafanzeige, ist das nicht schlimm. Im Gegenteil. Denn dann berichten die Medien besonders umfassend.

Doch es gibt Grenzen, die man beim politischen Guerilla-Marketing nicht überschreiten sollte. Das zeigt das Beispiel der Gewerkschaft Unia. Um auf die Revision des Gleichstellungsgesetzes aufmerksam zu machen, schalteten deren Kommunikationsverantwortliche vor kurzem gefälschte Jobinserate für eine Stelle als HR-Assistent. Die Annonce erschien in zwei Varianten: Das Inserat für Männer beinhaltete einen Jahreslohn von 75'000 Franken, bei den Frauen betrug das Salär nur 56'250 Franken. Die Inserate verbreiteten sich online wie ein Lauffeu, mit «Le Matin» berichtete bald auch ein Mainstream-Medium über den angeblichen Skandal. Das Ziel der medialen Aufmerksamkeit hat die Gewerkschaft damit erreicht. Aber der angerichtete Schaden dürfte grösser sein als der Nutzen daraus: Wer auf eine reale Problematik hinweisen will, aber die Belege dafür fälscht, verspielt seine Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit.

• Lorenz Honegger



ANSICHTSSACHE von Max Dohner

Je tiefer die katholische Kurie versinkt in der ewigen Wiederkehr ihrer hundertfachen Päderasten-Verbrechen, desto heller erscheint das «Zwingli-Jahr». Wie befriedigend jenes Kapitel 1519 war, kann man auch heute gut ermessen, angesichts der ersticken Skandaldecke von Rom. Befriedigend nicht zuletzt für Herz und Gefühl, das Zwingli, der weiss Gott etwas vom Skandal der Liebe verstand, aus

dem lebenslangen, meist arrangierten Eheverlies entliess. Die «Vorboten des Zwinglijahrs» sind längst Boten. 2019 wird es 500 Jahre her sein, seit Zwingli in Zürich zum Leutpriester ernannt worden war. Pünktlich erscheint darüber im Januar ein neuer Schweizer Film: «Zwingli», mit Max Simonischek in der Hauptrolle (Bild), gedreht u. a. in Stein am Rhein und im Grossmünster Zürich.

FOTO: ASCOT ELITE